



## Kommentar

VON MARKUS EBERT

### Hofers Spagat

Allzuviel Geld sollte man nicht darauf verwetten, dass es zu keinem Politik-Comeback von Heinz-Christian Strache kommt. Wenn 69 Prozent der FPÖ-Anhänger die Rückkehr des Ibiza-Fans begrüßen, wird das auch der aktuellen Parteispitze zu denken geben. Norbert Hofer und Herbert Kickl wissen, dass sie das Wählerpotenzial, das Strache bindet, nicht einfach vor den Kopf stoßen können.

Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass sich Straches Nachfolger an der Parteispitze in der Comeback-Frage im ZIB-Interview als Meister des Spagats erwies: Zuerst Aufklärung, dann Wiederkehr; unentschuld-bare Aussagen im Ibiza-Video, aber alles, was Strache gesagt habe, „hat nicht stattgefunden“ (Denkt da jemand an einen Persilschein?) – um nur zwei Beispiele zu nennen. Mit der Argumentation, dass letztlich der Ball beim Wähler liege, kam Hofer aber nicht durch und musste eingestehen, dass die Partei über eine Kandidatur Straches entscheidet.

Anzunehmen ist jedenfalls, dass sich

**„Anzunehmen ist, dass sich der Strache-Fanklub auf Dauer nicht mit Floskeln hinhalten lassen wird.“**

der Strache-Fanklub auf Dauer nicht mit Floskeln hinhalten lassen wird. Auch wenn derzeit die auch in Meinungsumfragen dokumentierte Geschlossenheit der FPÖ betont wird, so hat die Strache-Frage sehr wohl das Potential für größere innerparteiliche Verwerfungen.

m.ebert@volksblatt.at

# Bundewahlbehörde ist konstituiert

Hat Oberaufsicht über alle 12.400 Wahlbehörden in ganz Österreich

Die organisatorischen Vorbereitungen für die Nationalratswahl am 29. September laufen – gestern etwa hat sich die Bundeswahlbehörde konstituiert. Die im Nationalrat vertretenen Parteien stellen je nach ihrer Stärke bei der vorigen Wahl Beisitzer: Fünf stellt die ÖVP, je vier kommen von SPÖ und FPÖ, Neos und Liste Jetzt stellen jeweils einen Beisitzer. Zwei Beisitzer müssen laut Nationalratswahlordnung Richter sein, Vorsitzender der Bundeswahlbehörde und Bundeswahlleiter ist von Gesetzes wegen der Innenminister – in diesem Fall Übergangsminister Wolfgang Peschorn (Bild). Die ÖVP entsendet Generalsekretär Karl Nehammer, ihren



langjährigen früheren Klubdirektor Werner Zögernitz, Rechtsanwalt Karl Schön, den Abgeordneten Wolfgang Gerstl sowie Romed Perfler (Vorstandsmitglied in der Politischen Akademie).

Für die SPÖ sitzen Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Brunner, Raphael Sternfeld (Kommunikationschef der Wiener SPÖ), der stv. Klubdirektor Peter Pointner und Klubsekretärin Monika Juch in der Wahlbehörde. Die FPÖ-Mitglieder sind neben Klubdirektor Norbert Nemeth,

Klubreferent Heimo Probst, Bundesrat Bernd Saurer und der Jurist und Ex-Nationalratsabgeordneter Johannes Hübner. Letzterer ist nicht nur wegen antisemitisch konnotierte Anspielungen in der Öffentlichkeit in die Kritik geraten, sondern stellte vor einem Jahr als von der dortigen Regierung – zusammen mit dem FPÖ-Abg. Axel Kassegger – eingeladener Wahlbeobachter einen „Persilschein“ für die höchst umstrittene Parlamentswahl in Kambodscha aus.

Die Neos vertritt Rechtsanwältin Karl-Arthur Arlamovsky, ebenfalls eine Juristin, Susanne Giendl, entsendet die Liste Jetzt. Grüne und KPÖ nutzen die allen wahlwerbenden Gruppen zustehende Möglichkeit, eine Vertrauensperson zu nominieren. Die Bundeswahlbehörde hat bei allen bundesweiten Wahlen die Oberaufsicht über alle anderen Wahlbehörden. Insgesamt gibt es österreichweit auf Ebene der Wahlsprengel, Gemeinden, Bezirke, Länder und Bund rund 12.400 Wahlkommissionen. Foto: APA/Hochmuth

## ÖGB fordert Änderungen bei Korridor pension

Der Gewerkschaftsbund (ÖGB) fordert Änderungen bei der Korridor pension. Nach 45 Beitragsjahren müsse diese ohne Abschläge möglich sein, sagte der Vorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG), Rainer Wimmer, nach dem zweiten „Sommerdialog“ des ÖGB. Er forderte auch einen leichteren Zugang zur Schwerarbeits- und Nachtschwerarbeitsregelung. Die derzeitigen Voraussetzungen seien realitätsfremd und immer schwieriger zu erfüllen. Auf die Situation für Frauen ging die ÖGB-Vizepräsidentin Korinna Schumann ein.

Auch anlässlich des bereits am Montag erreichten „Equal Pension Day“ fordert die Frauenvorsitzende eine bessere Anrechnung der Kindererziehungszeiten und einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz.

### Thema Arbeitszeitgesetz

Auch das „unsägliche Arbeitszeitgesetz“ habe die Situation für Frauen weiter verschärft, betonte Schumann. Auch Josef Muchitsch, Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz und SPÖ-Abgeordneter, will diese Maßnahme rückgängig gemacht sehen. Stattdessen

legte er einer kommenden Regierung ein neues „Arbeitszeitrecht“ nahe, das auch den Schutz der Arbeitnehmer berücksichtigt. Laut Wimmer war der 12-Stunden-Arbeitstag „ein großer Fehler“ der alten Regierung. Politische Forderungen, wie etwa jene einer Pensionsautomatik, bezeichnete Muchitsch als „weit weg von jeder Realität“. Und auch ein verpflichtendes Pensions-Splitting sei nur dann sinnvoll, wenn es in einem Gesamtpaket diskutiert werde, das staatliche Pensionssystem sei aber ein gutes und sicheres, betonten alle ÖGB-Vertreter.